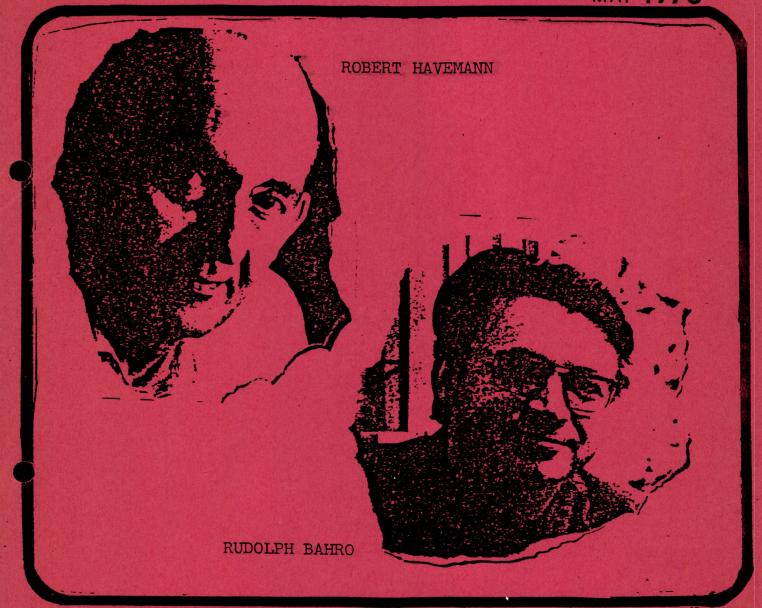


# was uns betrifft<informationsorgan des asta der thd

NR 17



# FREIHEIT FÜR R.BAHRO UND R.HAVEMANN

BERICHT VON DER DELEGATION DES ASTA DER TH UND DES ASTA DER UNI GIESSEN

INHALT:	eite
Vorwort	2
Über den Hintergrund der Delegation	3
Gedächtnisprotokoll der Delegation	5
Fazit	6
DOKUMENTE:	
Beschluß der Landes-Asten-Konferenz	
Hessen	7
Brief der LAK an den Generalstaatsanwalt	
der DDR	8
Brief der LAK an das Ministerium des	
Innern der DDR	9
Brief von Robert Havemann an den Sprecher	
der LAK	11
Brief von R. Havemann zur Ablehnung der	
Visa- Anträge	12
Presseerklärung der LAK anläßlich der	
Delegation zur Ständigen Vertretung der	
DDR in Bonn	12
Brief der LAK an den Minister für Inner-	
deutsche Beziehungen	14
	15
Antwort der LAK an das Bundeskanzleramt.	16

#### Vorwort

Auf Grundlage eines Beschlusses der Konferenz hessischer Studentenschaften haben wir zusammen mit dem ASTA der Uni Gießen eine Delegation zum Innenministerium der DDR geschickt. Zuvor hatten wir versucht, per Einschreiben (mit Rückantwortkarte) Kontakt mit Robert Havemann aufzunehmen und ein Protestschreiben gegen seinen Hausarrest ans Innenministerium der DDR geschickt. Nachdem weder Havemann den Brief erhielt noch das Innerministerium auf unseren Protest reagierte, entschlossen wir uns, eine Delegation zu entsenden.

Die Delegation sollte im Innenministerium für die Freilassung von Rudolf Bahro und für die Aufhebung des Hausarrests von Robert Havemann eintreten und versuchen, eine Besuchserlaubnis bei den Wissenschaftlern zu erhalten.

<sup>-</sup> Robert Havemann, Professor für Physik, steht seit der Ausbürgerung von Wolf

Biermann im November 1976 unter Hausarrest. Havemann wird als führender Kopf der sozialistischen Oppostion in der DDR angesehen und hatte sich gegen die Ausbürgerung Biermanns gewendet. Havemann hat seit den sechziger Jahren Lehr-und Veröffentlichungsverbot.

- Rudolf Bahro, Wirtschaftswissenschaftler, wurde im August 1977 wegen Spionage verhaftet und sitzt seitdem ohne Prozeß im Gefängnis. Rudolf Bahros Buch: "Die Alternative" erschien im August 77 im Verlag des DGB in Westdeutschland.

In dieser Wub schildert unsere Delegation ihre Erfahrungen in der DDR und gibt dazu eine kritische Einschätzung. Im Anschluß daran haben wir die für die Delegation und weitere Aktivitäten wichtigsten Schriftstücke zusammengefaßt.

## Über den Hintergrund der Delegation

Wir Studenten erfahren tagtäglich die Einschränkung selbstverständlicher Rechte und die Versuche, unseren Widerstand gegen sich
verschlechternde Studienbedingungen zu kriminalisieren; in immer
stärkerem Maße wollen Konservative und Reaktionäre politische Freiheiten abbauen. Mit Berufsverboten, Bespitzelungen, Anhörungs- und
Überprüfungsverfahren versuchen sie, Diskussionen und und Aktionen
gegen Arbeitslosigkeit, Rationalisierung und Verschlechterung der
Ausbildung so massiv wie möglich zu verhindern.

Dabei können wir feststellen, daß gerade die CDU als die Kraft, die sich besonders drastisch um den Abbau demokratischer Rechte und Freiheiten bemüht, mit dem Ruf "Freiheit statt Sozialismus" ihre reaktionäre Politik legitimiert. Die CDU stützt sich also auf die politische Unterdrückung in der DDR, um in der BRD für immer undemokratischere Gesetze eintreten zu können. Wenn Dregger in seinen Reden ankündigt, nach einem CDU-Wahlsieg in Hessen würde an den Hochschulen "aufgeräumt", wenn im CDU-Land Baden-Württemberg ASTA und Fachschaften liquidiert werden, dann sehen wir nichts anderes als die politische Praxis in der DDR, wo Prof. Havemann Berufsverbot erhielt und der Psychologiestudent Wilfried Kahl aus Jena verhaftet wurde, weil er Unterschriften gegen die Ausbürgerung Wolf Biermanns sammelte.

Objektiv reichen sich die westdeutschen Reaktionäre und die SED-Bürokratie die Hand zum "deutsch-deutschen Schaukelspiel": in der DDR
wird die Einschränkung selbstverständlicher Rechte mit dem Hinweis

auf die undemokratische Praxis in der BRD legitimiert - und in der BRD stellen CDU und RCDS uns vor die Alternative zu wählen zwischen der Freiheit, die sie meinen!, oder der Bürokratenherrschaft wie im "realen Sozialismus" hat in beiden Teilen Deutschlands nur die Funktion, die Herrschaft Weniger über die Mehrheit zu verteidigen und zu stabilisieren.

Wer heute glaubwürdig sein will in der Verteidigung demokratischer Rechte und Freiheiten, der darf nicht nur die Berufsverbote in Westdeutschland kritisieren, sondern muß auch Stellung nehmen zum Unterdrückungsapparat der SED.

Wir wenden uns gegen die politische Disziplinierung in West-Deutschland genauso wie in Ostdeutschland und anderswo! Unser Kampf für eine menschenwürdigere Gesellschaft kennt keine Teilung. Und die Verwirklichung demokratischer Rechte ist die Voraussetzung für unseren Kampf gegen die Ausbeutung von Menschen durch Menschen.

Wir haben es als unsere Pflicht angesehen, für die Freiheit von Bahro und Havemann einzutreten in Stellvertretung für alle politisch Verfolgen, deren Namen nicht bekannt sind.

Aber offensichtlich ist dieses Engagement den DDR- Behörden so unangenehm wie der CDU/CSU der Kampf gegen die Berufsverbote. Deshalb wurde wohl auch den Vertretern der Landes- ASten- Konferenz Hessen in Bonn in der Ständigen Vertretung der DDR jede Auskunft über die Visaanträge R. Havemanns verweigert mit der Begründung es handele sich dabei um eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der DDR. (Siehe Presseerklärung der LAK auf Seite 12) Ebenso wurde inzwischen einem Mitglied der ehemaligen Delegation des AStA der TH zum Innenministrium der DDR ein Tagesvisum für einen Privatbesuch in Ost- Berlin ohne jegliche Begründung verweigert. Auch die Nennung der für diese Entscheidung zuständigen Stelle, bei der die Gründe erfragt werden sollte, wurde verweigert. Unsere Empörung über dieses Verhalten ist deshalb so groß, weil wir bisher glaubten, daß dies nur aut oritäre Diktaturen nötig haben.

### Gedächtnisprotokoll

Ankunft vor dem Innenministerium der DDR.

Vo. Por

Wir marschieren rein. In der Vorhalle steht ein VoPo (Volkspolizist). Ich wende mich an ihn und erkläre ihm, daß wir eine Delegation sind.....
Er wartet das Ende der Erklärung nicht ab und unterbricht mich.
"Bitte Ihre Papiere. Bitte geben sie zum Pörtner und erklären Sie ihm das."
Ich gehe zum Pförtner und wiederhole:
"Wir sind eine Delegation der Studentenschaft der THD und der Uni Gießen aus der BRD. Wir kommen, um einem Verantwortlichen eine Resolution zu überreichen, in der wir protestieren gegen die Verhaftung Rudolf Bahros und gegen den Hausarrest von Robert Havemann. Wir wollen von einem Verantwortlichen Auskunft haben über das Schicksal der Beiden und um die Erlaubnis bitte, sie besuchen zu dürfen."
schreibt mit. "Bitte warten Sie einen Moment. Setzen Sie

PfArtner:

zu dürfen."
schreibt mit. "Bitte warten Sie einen Moment. Setzen Sie sich so lange dort hin. Ich sage dem zuständigen Herrn Bescheid, damit er sie empfängt."
Wir bedanken und setzen uns.
Nimmt Telefon ab: "Kann ich den Genossen sprechen, es ist dringend. Hier ist eine Delegation der Allgemeinen Studentenausschüsse der THD und der Uni Gießen. Sie möchten eine Resolution überreichen wegen R. Havemann und R. Bahro. Ja! SO! Danke!
Wendet sich an uns: "Der zuständige Herr kommt gleich!"
So, jetzt ist es soweit. Kommen Sie bitte mit. Das ist der Herr, der mit Ihnen sprechen wird."
Wir stehen auf - Aus dem hinteren Zimmer kommen die Gießener, mit denen das Gespräch zu unterer Überraschung schon gelaufen ist.

In dem Raum befindet sich noch ein weiterer, jüngerer Mann mit einem dicken Notizbuch. Ich gehe auf den Älteren zu, gebe ihm die Hand und stelle nich vor. Ebenso die anderen. Der Mann selbst sagt weder seinen in noch seine Funktion, was uns aber nicht gleich auffällt. Wir nen uns und ich zeige die beiden Papiere des ASth: den Brief ans Innenministerium und die Resolution hervor.

omas:

Thomas

Pförtner:

"Wir sind eine Delegation des ASTA der THD. Wir sind hier um von Ihnen einige Auskünfte über das Schicksal von R. Bahro und R. Havemann zu bekommen. Unsere Delegation hat sich gebildet anläßlich der Nachrichten und der Diskussion in der Studentenschaft und in der Landes-ASten-Konferenz von Hessen über die Verhaftung R. Bahros hzw. den Hausarrest R. Havemanns. Wir haben dazu beschlossen Ihnen diese Papiere im Namen der Darmstädter Studentenschaft zu überreichen.

Darüberhinaus möchten wir von Ihnen die Erlaubnis bekommen, R. Bahro und R. Havemann selbst besuchen zu können, um mit ihnen selbst zu sprechen und so zu erfahren, was an den Nachrichten wahr und was falsch ist."

amteri

"Zum ersten muß ich Ihnen sagen, daß ich Ihre Papiere nicht annehmen werde , denn sie sind falsch und enthalten grobe Lügen."

"Welche bitte?" amter:

"In diesem Papier (deutet auf den Brief ans 1. Min.) steht schon in der ersten Zeile: Betrifft: "Verhaftung R. Bahros und R. Havemanns." R. Havemann ist aber nicht verhaftet. Von einer Informationsreferentin des ASTA muß man aber verlangen können, daß sie sich genau informiert. Ihr Brief und Ihr Unternehmen beruht also auf einer ganz falschen Grundlage. Anstatt Ihre Energie zu vergeuden, sollten sie mal bestimmten lügnerischen Korrespondenten

bei Ihnen, ich nenn da keine Namen, auf die Finger klopfen.

"Sie meinen Herrn Loewe?

Sie sprechen davon, das R. Bahro verhaftet wurde, weil er seine Meinung sagte und ein Buch veröffentlicht hat. Das ist Ihre Spekulation. Aber wer zieht eigentlich bei Ihnen mal solche Korrespondenten zur Rechenschaft, wenn sie so Lügen verbreiten?

"Es gaht ja nicht darum, Erklärungen von DDR-Behörden zu bestreiten, sie-wissen doch sicherlich, daß in der BRD oft mit bestenfalls halbrichtigen Nachrichten. Über die DDR gearbeitet wird und es ist eben gerade das Anliegen der Delegation, nicht von solchen Nachrichtenquellen abhängig zu sein, und sich tatsächlich vorort informieren zu können. Es liegt meiner Meinung nach auch im Interesse der DDR, wenn eben diese Berichte unzutreffend sind, ihnen auf diese Weise direkt entgegen zu treten. tthias:

"Wenn Sie R. Bahro besuchen wollen, sind Sie hier an der falschen Adresse. Da müssen Sie sich an den Staatsanwalt wenden. Und was R. Havemann betrifft, für mich übrigends immer noch, Professor und nicht so respektlos wie bei Ihnen, so wohnt der Professor nicht im Gebiet der Stadt Berlin.

Zu einem Besuch im Staatsgebiet der DDR benötigen Sie ein Visum. Das können Sie erhalten, wenn Professor R. Havemann Sie zu einem Besuch einlädt.

Eben genau das haben wir getan. Wir haben vor 1,5 Monaten diese Resolution per Einschreiben mit Rückantwortkarte ge. schickt ans Innenministerium der DDR, an Prof. Dr. Havemann und an die Ständige Vertretung der DDR in der BRD. Wir haben die Rückantwortkarte erhalten von Ihnen und der Ständigen Vertretung. Die Antwort von R. Havemann fehlt. Daraus müssen wir schließen, daß dieser Einschreibebrief bei ihm nie angekommen ist. Wie soll Havemann uns einladen, wenn wir ihm nicht schreiben können. Wir wollen uns jetzt

an Ort und Stelle erkundigen, was los ist."

Beamter:

Also Sie gehen davon aus, daß in der DDR nur ganz böse Menschen leben. Wir haben auch Kontakt zu Bürgern in der BRD. Und unsere Briefe kommen dort häufig nicht an. Die Deutsche Bundespost läßt einige Briefe verschweinden. Da-für sind wir doch nicht verantwortlich.

Aber der Brief ans Innenministerium ist doch auch angekom-men. Also hat die Bundespost ihn ordnungsgemäß transportiert. Daß der Brief an Havemann nicht angekommen ist, läßt doch den Schluß zu, daß er in der DDR verschwunden ist. Matthiass

"Das ist blanke Spekulation!"

Thomas:

" Na gut, Wir haben die Möglichkeit, das nachzuprüfen und werden das tun und das Ergebnis veröffentlichen. In jedem Fall können wir die Bundespost ausschalten, wenn wir von Ost-Berlin aus einen Einschreibebrief an Havemann schicken, Dann muß er ja ankommen. Wir wollen dann aber auf alle Fälle noch einen Brief von Darmstadt aus an ihn senden. Können Sie uns versichern, daß dieser Brief dann ankommt?"

"Nein, ich bin nicht verantwortlich für die Post, Da müssen Sie sich an die Post wenden." Beamter:

"Wissen Sie, es gibt in der BRD gewisse Kreise, die meinen, in der DDR herrsche eine blose allmächtige Bürokratie. Ich bin selbst Mitglied in dieser Bürokratie habe aber trotzdem meine eigene Meinung, die ich ihnen offen sage. Es gibt Kreise bei Ihnen, die sie und Ihre Organisation ausnutzen für ihre politischen Zwecke. Ich bin der Meinung, kümmern Sie sich doch um die Aufgaben, die sie als aktive Studentenvertretung wirklich haben, ums HRG, u.K."

Er wird von einem anderen Beamten rausgerufen. Kommt bald wieder.

\*Entschuldigen Sie die Unterbrechung, aber wir müssen das Gespräch beenden. Die Resolution werde ich nicht abnehmen da sie -auf falschen Annahmen beruht und es keinen Grund dafür gibt.\* Beamter:

Thomas: "Können Sie uns das schriftlich geben?"

"Nein, es gibt keine Grundlage dafür, warum wir Ihnen etwas schriftlich geben sollen, ich bitte Sie nur, die Paplere wieder nach West-Berlin mitzunehmen. Das wird am Übergang nachgeprüft. Sollten Sie beim Übergang die Papiere nicht mehr bei sich haben, können Sie Schwierigkeiten bekommen. Haben Sie die Papiere dabei, so ist das für uns der Beweis, daß Sie nicht in unlauterer Absicht gekommen sind."

\*Wir wollen die Papiere bei der Ständigen Vertretung der BRD abgeben.

Beamter:

\*Das können Sie natürlich. Es ist schließlich ihre Vertre-

tung". "Ich wünsche Ihnen och gute Arbeit in Darmstadt. An der THD ist die Situation ja nicht so schwierig wie an der Uni Gießen. Sie haben ja einen recht verständigen Präsidenten."

"In der Tat". Matthias:

#### Am Ubergang

Matthias und Ulrike kommen dran. Sie werden ohne Verzögerung durchge-lassen. Mein Pass wird in ein Gerät zum Durchleuchten gelegt. Nach einer Weile sagt der Beamte:

"Der Mann muß zurück".

Der VoPo weist mich aus der Schlange. Ich warte recht lange. Dann kommt ein jüngerer Offizier und führt mich in einen kleinen, kahlen Raum. 2 Tische, 3 Stühle, 1 Schreibmaschine.

"Lehren Sie bitte Ihre Taschen aus".

"Warum?"

"Wir müssen kontrollieren, ob Sie Schriftstücke dabei ha-ben". VoPo:

Ich lehre alles aus, Schlüssel, Portemonnaie, Paß, Resolution.

. "Ja".

Er untersucht das Portemonnaie sehr gründlich; nimmt die Resolution und liest sie durch.

"Und, waren Sie da?"

"Beim Innenministerium. Aber sie haben die Resolution nicht angenommen, weil angeblich alles nicht stimmt".

"Ja ja, das ist klar. VoPo.:

Geht raus. Sehr lange Zeit passiert nicht. Dann kommt er wieder.

Sie haben unerlaubt Schriftstücke eingeführt. Das ist strafbar. Die Schriftstücke werden eingezogen."

"Dagegen protestiere ich. Wir wollen die Papiere beim In-nenministerium abgeben. Die haben sie nicht angenommen und uns gesagt, wir müßten sie hier vorzeigen, um keine Schwie-rigkeiten zu bekommen. Jetzt habe ich Schwierigkeiten.

"Davon weiß ich nichts. Sie haben gegen geltendes Recht verstoßen. Das ist strafbar.

"Ich will eine Quittung für die Papiere"

VoPo: Stutzt "Xh, je Quittung für die Papiere. Einen Moment."

eder eine lange Pause. Dann kommt ein Offizier rein. Der Chef.

"Sie haben gegen geltendes Recht der DDR verstoßen. Das Einführen Von Schriftstücken ist verboten. Verstöße werden doch auch in der BRD verfolgt! eine Quittung bekommen Sie nicht. Dazu sind wir nicht verpflichtet. Die Schriftstücke werden formlos eingezogen."

hat meinen Pass.

Po-Chef:

Po-Chef:

fizier:

"So, draußen hat sich inzwischen Ihr Freund, Herr Kollatz, nach Ihnen erkundigt. Ah, ich bring Sie jetzt zu ihm. Kommen Sie mit."

r gehen aus dem Raum. Och treffen Matthias, der neben einem VoPo wart. Wir werden zu einem Durchgang gebracht. Ein VoPo nimmt meinen Pass nd schiebt ihn unter ein Gerät. Der Offizier klopft an die Wand:

> "Schon gut, durchlassen. Den anderen haben wir schon kontrolliert."

in Pass wird in ein zweites Gerät gestekct. Wahrscheinlich um die lektronische Schrift zu löschen. Dann bekomme ich ihn wieder Thomas + M.: "Auf wiedersehen".

Wir gehen. Keine Antwort. Ernste Gesichter. Wir gehen schnell los.

Wir treffen Ulrike, die weiter drinne im Bahnhof wartet. Wir sagen nichts und gehen weiter. Erst als wir in der U-Bahn sitzen, erzählt Matthias, was ihm passiert ist in der Zwischenzeit. Matthias sieht, wie ich zu-rückgeschickt werde. Ulrike und er warten ca. 20-25 Minuten. Dann gibt es Ulrike alle Papiere etc. Nur seinen Pass behält er. Er schickt Ulrike weiter auf westliches Gebiet. Sie soll dort warten und im Zweifelsfall telephonieren. Matthias geht zurück zur Sperre, fragt den VoPo nach mir. Ich müsse doch längst durch sein. Der VoPo komunt mit einem Offizier wieder.

Matthias wird hinter die Sperre gebracht, dort wird ihm gesagt, daß es mit mir Schwierigkeiten gäbe. Er soll mal seine Taschen ausleeren. Matthias weigert sich. Er sagt, daß er schon abgefertigt ist. VoPo gibt nach, sagt, ich hätte gegen geltendes Recht verstoßen. Ob Matthias auch Papiere dabei hat. Matthias sagt, daß er nichts dabei habe, daß aber eine Freundig draußen warte, bis er und ich wiederkommen.

#### FAZIT:

Das konkrete Ziel unserer Delegation:

ein Besuch bei Bahro und Havemann, ist nicht erreicht worden, selbst die Annahme unserer Resolution wurde verweigert.

Doch unter anderen Aspekten war diese Reise relativ erfolgreich:

entgegen früherer Delegationen verschiedenster Organisationen konnten wir ungehindert in die DDR einreisen und ein Gespräch mit einem Beamten des Innenministeriums führen über den Hintergrund unserer Reise. Dies zeigt deutlich, daß es den Behörden der DDR nicht mehr möglich ist, die politische Unterdrückung in ihrem Land zu verschweigen oder zu ignorieren.

Denn die DDR wird gerade durch solche Delegationen mit dem Problem der Einschränkung grundlegender demokratischer Rechte konfrontiert und gezwungen, sich damit auseinanderzusetzen. So hat der Brief der hessischen Landesastenkonferenz erstmals R. Havemann erreicht, was auf die Proteste von Delegationen über die Unterschlagung von Briefen zurückgeführt werden kann.

Die öffentliche Diskussion über die politische Unterdrückung in der DDR begründet auchdie große Verunsicherung der DDR-Behörden, die deutlich wird an der Behinderung von Thomas bei seiner Ausreise. Matthias, der ebenfalls an der Delegation teilnahm, wollte in den Osterferien 78 für einen Tag nach Ost-Berlin, um sich dort ein Museum anzusehen. Im wurde die Einreise ohne Angabe von Gründen verweigert.

Eines ist klar: je mehr die DDR gezwungen ist, sich mit dem Problem der politischen Unterdrückung auseinanderzusetzen, um so mehr muß sie darauf achten, die Diskussion im eigenen Land zu verhindern: Eine Diskussion über die Verwirklichung demokratischer Rechte im "realen Sozialismus" würde die Machtstrukturen in der DDR erheblich gefährden, die Bürokratiesessel ins Wanken bringen.

Deshalb wird die DDR-Bürokratie immer wieder versuchen, solche Delegationen von vorneherein nicht in die DDR einreisen zu lassen; Beispiel dafür ist die Ablehnung des Antrages von Havemann, der die hessische Landesastenkonferenz zu sich eingeladen hat.

Darüberhinaus haben Delegationen in die DDR auch den Zweck, die Haftbedingungen für politische Gefangene nicht weiter zu verschlechtern und die Diskussion darüber in Gang zu halten und weiterzutreiben.

Auch innerhalb der westdeutschen Studentenschaften wird mit diesen Delegationen die Diskussion um den "realen Sozialismus" und alternative sozialistische Politik weitergeführt. Kennzeichnend dafür ist die Ohnmacht der Apologeten des Unterdrückungssystems in der DDR, die sich auf der letzten Mitgliederversammlung des VDS nicht anders zu helfen wußten, als eine Antrag zu Bahro und Havemann als "antikommunistisch" zu diffamieren und die inhaltliche Diskussion zu verweigern.

### LANDES-ASTEN-KONFERENZ HESSEN

Erklärung der hessischen Studentenschaften zur Einschränkung der Freiheiterechte des Naturwissenschaftlers Robert Havemann und des Ökonomen Rudolf Bahro in der DDR (beschlossen am 4.1.78 in Kassel; Auszug)

\*Die hessischen Studentenschaften, die sich, wie andere Studentenschaften in anderen Bundesländern, in einem Abwehrkampf gegen politische Entmündigung befinden, gegen Reglementierungen des Studiums und Auflösung ihrer demokratisch gewählten Interessensvertretungsorgane sowie im Kampf gegen Berufsverbote, kennen die Praxis politischer Zensur, Sie dient der Gleichschaltung und Unterdrückung mißliebiger beinungen, von wem und wo dies immer geschieht, zum Zwecke der Konservierung sozialer, politischer und ökonomischer Ungleichheit.

In diesem Sinne ist der Kampf der Studentenschaften in den letzten Jahren gegen Berufsverbote und gegen die Verleumdung der Hochschulen als "Brutstätten des Terrorismus" ein wichtiger Beitrag für den Erhalt demokratischer Rechte und Freiheiten in diesem Lande. Wir sehen nun, daß die CDU sowie Teile der SPD/FDP im Namen der Freiheit Errungenschaften des Bildungssystems abschaffen und kritische Stimmen per Staatsaufsicht auslöschen will. Die CDU bezieht sich mit ihrem demagogischen Trickspiel, "Freiheit statt Sozialismus", auf die Unterdrückung demokratischer Rechte und Freiheiten in der DDR und will damit ihre Angriffe auf unsere Rechte legitimieren

Die hessischen Studentenschaften treten prizipiell für die Erhaltung und den Ausbau von Freiheitsrechten ein - wo immer dies geschieht. Deshalb können und dürfen wir auch nicht schweigen zu den Repressialien gegen Robert Havemann, ehemaliger Professor an der Humboldt-Universität Berlin für Physikalische Chemie.

Havemann ist seit Jahren vom Berufsverbot betroffen, stand lange nach der Ausbürgerung von Wolf Biermann unter Hausarrest und wird von den Staatssicherheitsorganen der DDR z.Z. permanent observiert. Aufgrund dieser Repression befindet er sich in inem sehr ernsten gesundheitlichen Zustand.

Vor einigen Wochen wurde Rudolf Bahro verhaftet, der seit kurzem das Buch "Die Alternative - zur Kritik des real existierenden Sozialismus" in einem Verlag des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) veröffentlicht hat. Er wurde wegen seiner kritischen Meinung beschuldigt, Agent des westdeutschen Bundesnachrichtendienstes zu sein, und verhaftet. Dies ist eine neue Qualität der Behörden der DDR in der Auseinandersetzung mit kritischen Oppositionellen!

Die Studentenschaften in Hessen verurteilen die Unterdrückung von demokratischen Rechten und Freiheiten durch die Staatssicherheitsorgane der DDR und fordern die Aufhebung der Repression gegen Havemann und Bahro!

Die hessischen Studentenschaften haben beschlossen, unter Einhaltung des von der DDR vorgeschriebenen Weges mit einer Delegation Robert Havemann und Rudolf Bahro zu besuchen. Sollten Briefe (mit Rückantwortkarten) an Robert Havemann wiederholt nicht beantwortet und der Antrag zum Besuch von Rudolf Bahro ignoriert werden, gehen die hessischen Studentenschaften den Weg des politischen Protestes zum Innenministeri der DDR, d.h. sie werden eine Delegation dorthin entsenden.

Die hessischen Studentenschaften protestieren gegen die Ablehnung der Protesterklärung der Delegation der Studentenschaften der Justus-Liebig-Universität
Gießen und der Technischen-Hochschule-Darmstadt sowie gegen das grundlose Festhalten der Delegation über 1 1/2 Stunden lang an dem Grenzübergang Berlin-Friedrichstraße. Die Delegation hatte den Auftrag, Protest gegen die Einschränkung der
Freiheitsrechte von Robert Havemann und Rudolf Bahro beim Innenministerium der DDR
vorzutragen.

.

#### STUDENTENSCHAFT DER JUSTUS LIEBIG-UNIVERSITÄT GIESSEN

KÖRPERSCHAFT DES ÖFFENTLICHEN RECHTS
ALLGEMEINER STUDENTENAUSSCHUSS

im Auftrag der Landeskonferenz der hessischen Allgemeinen Studentenausschüsse

Studentenschaft der Justus Liebig-Universität Gießen 6300 Lahn-Gießen 1 · Leihgesterner Weg 16

An den Generalstaatsanwalt der DDR Josef Streit

Hermann-Maternstr. 33-34

DDR- 104 Berlin

6300 Lahn-Gießen 1 8.2.78

Leihgesterner Weg 16
Telefon (0641) 72143 / 71558
Postscheckkonto:
PschA Ffm 239802 (BLZ 500 100 60)
Bankkonto:

Bezirkssparkasse Gießen 22/002596 (BLZ 513 500 25)

nachrichtlich:

an die Ständige Vertretung der Deutschen Demokratischen Republik in der Bundesrepublik;

das Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehung;

an die ständige Vertretung der Bundesrep.Deutsch Sehr geehrter Herr Staatsanwalt! land in der Deutschen Demokr. Republ.

Die Landeskonferenz, der hessischen Allgemeinen Studentenausschüsse (Landes-ASten-Konferenz) hat am 4. 1.1978 die beiliegende Erklärung zur Situation von Robert Havemann und Rudolf Bahro verabschiedet. Die hessischen Studentenschaften drücken darin ihren dringenden Wunsch nach einem Gespräch mit Rudolf Bahro aus, der sich noch immer in Untersuchungshaft befindet. Informationen über seinen Gesundheitszustand sind seit seiner Verhaftung nicht bekannt geworden.

Das Gespräch soll uns dazu dienen, Klarheit über den physischen und psychischen Zustand von Rudolf Bahro zu erhalten. In der Bundesrepublik sind Vermutungen verbreitet worden, Rudolf Bahro leide gesundheitlich unter den Haftbedingungen. Aufgrund eigener leidvoller Erfahrungen im Umgang mit der Presse in der Bundes-republik sehen wir uns nur in der Lage, den Wahrheitsgehalt solcher Vermutungen zu überprüfen, wenn wir ein Gespräch mit Rudolf Bahro führen.

Eine Delegation der Studentenschaften der Justus-Liebig-Universität Gießen und der Technischen Hochschule Darmstadt besuchte am 24.11.1977 in gleicher Angelegenheit das Innenministerium der DDR. Es wurde ihnen in einem mehrstündigen Gespräch deutlich gemacht, daß für eine Besuchserlaubnis für Rudolf Bahro nicht das Innenministerium, sondern die Staatsanwaltschaft der Deutschen Demokratischen Republik zuständig sei.

Die hessischen Studentenschaften, die sich demokratisch legitimieren und staatsunabhängig in eigener politischer Verantwortung Entscheidungen tragen, wenden sich hiermit offiziell an die Staatsanwaltschaft der Deutschen Demokratischen Republik mit der Bitte, einer Delegation der hessischen Studentenschaften Erlaubnis zum Be-

such von Rudolf Bahro zu erteilen. Auf Beschluß der Landes-ASten-Konferenz vom 3.2.1978 gehören der Delegation die folgenden Personen an:

Wir gehen davon aus, daß Sie den Antrag mit der nötigen Sorgfalt bearbeiten und uns bis zum 3. 3.1978 über Ihre Entscheidung informieren. Falls wir bis zu diesem Zeitpunkt noch im Unklaren gelassen werden, müßten sich die hessischen Studentenschaften leider erneut mit der Lage von Rudolf Bahro beschäftigen.

In vorzüglicher Hochachtung

(Karl-Heinz Funck)/
Sprecher der LandesASten-Konferenz der
hessischen Studentenschaften

Anlage Erklärung der Landes-ASten-Konferenz vom 4.1.1978

#### STUDENTENSCHAFT DER JUSTUS LIEBIG-UNIVERSITÄT GIESSEN

KÖRPERSCHAFT DES ÖFFENTLICHEN RECHTS ALLGEMEINER STUDENTENAUSSCHUSS

im Auftrag der Landes-Konferenz der hessischen Studentenschaften

Studentenschaft der Justus Liebig-Universität Gießen 6300 Lahn-Gießen 1° L'eihgesterner Weg 16

An das Ministerium des Inneren der Deutschen Demokratischen Republik Mauerstr. 29-32

DDR-108 Berlin-

6300 Lahn-Gießen 1 8.2.78 Leihgesterner Weg 16

Telefon (0641) 72143 / 71558 Postscheckkonto :

PschA Ffm 239802 (BLZ 500 100 60) Bankkonto:

Bezirkssparkasse Gießen 22/002596 (BLZ 513 500 25)

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Landeskonferenz der hessischen Allgemeinen Studentenausschüsse hat sich am 4. Januar 1978 mit der Lage von Rudolf Bahro und Robert Havemann beschäftigt und dazu eine Erklärung beschlossen. Sie ist im Wortlaut beigefügt. Nach einem Gespräch einer Delegation der Studentenschaften der Justus-Liebig-Universität Gießen und der Technischen Hochschule Darmstadt am 24.11.1977 mit zwei Vertretern Ihres Ministeriums erfuhren wir, daß für eine Besuchserlaubnis von Studentenvertretern bei Rudolf Bahro die Staatsanwaltschaft der Deutschen Demokratischen Republik zuständig sei. Wir möchten Sie davon in Kenntnis setzen, daß wir inzwischen - wie von Ihnen empfohlen - einen entsprechenden Antrag gestellt haben.

Auch wegen eines Besuches bei Robett Havemann sind wir Ihren Ratschlägen gefolgt: wir haben Robert Havemann in einem Brief gebeten, eine Besuchserlaubnis für eine Delegation der hessischen Studentenschaften bei ihm zu beantragen.

Nach den Informationen, die uns die Allgemeinen Studentenausschüsse der Justus-Liebig-Universität und der Technischen Hochschule Darmstadt gegeben haben, versuchte ein Vertreter Ihres Ministeriums am 24.11.1977 der Delegation zu unterstellen, sie sei von "außen" oder von irgendwelchen "dunkelen Kräften gesteuert". Es scheint uns wichtig, deutlich zu machen, daß es wohl kaum solch demokratisch legitimierte und trasparente Organisationen wie die der Studentenvertretungen gibt. Gerade jetzt führen wir einen erbitterten Widerstandskampf für die Erhaltung unserer Staatsunabhängigkeit.

Wir haben die Bitte, daß Ihr Ministerium seine Kompetenzen voll ausschöpft, um unseren Anträgen schnell zum Erfolg zu verhelfen.

In vorzüglicher Hochachtung

(Karl-Heinz Eunck) u Sprecher der Konferenz der hessischen Allgemeinen Studentenaus-

schüsse

Prof.Dr.Robert Havemann

1252 Grünheide/Mark Burgwallstraße 4 23. o2. 78

Herrn
Karl-Heinz Funck
Studentenschaft der Justus Liebig-Universität Giessen
Allgemeiner Studentenausschuß
6300 Lahn-Gießen, Leihgesterner Weg 16

Lieber Genosse Karl-Heinz Funck,

Deinen Brief vom 8. 2. habe ich am 20.2. erhalten, in Anbetracht aller Umstände also verhältnismäßig schnell. Die fünf Einreise-Anträge für Euch habe ich auf den vorgeschriebenen Formularen gestellt und werde sie morgen auf dem hiesigen Rat der Gemeinde Grünheide abgeben. Da die Bearbeitung solcher Anträge erfahrungsgemäß etwa drei bis vier Wochen dauert und der Zeitraum, innerhalb dessen die erteilten Genehmigungen gültig sind, vier Wochen beträgt, habe ich als beantragte Dauer des Aufenthalts die Zeit vom 21. 03. bis 18. 04. 78 angegeben. Falls die Anträge genehmigt werden, könntet Ihr mich innerhalb dieser Zeit an einem Tag oder auch länger besuchen. Falls Ihr mehrere Tage hierbleiben wollt, können wir Euch ohne Schwierigkeiten bei uns unterbringen. Auf den Antragsformularen wird auch die Angabe der Grenzübergangsstelle verlangt. Ich habe Berlin angegeben weil ich denke, daß es für Euch am bequemsten ist, nach Westberlin zu fahren und von da aus hierherzukommen. Man fährt von Bahnhof Friedrichstraße, wo Ihr ankommt, mit der S-Bahn direkt bis Erkner und von da mit Bus oder Taxi hierher.

Die Auskunft des Ministeriums des Inneren der DDR, man könne mich jederzeit besuchen, erscheint mir allerdings recht erstaunlich. Die Burgwallstraße in Grünheide ist nämlich seit dem November 1976 polizeilich hermetisch abgeriegelt. Die Kontrollposten lassen nur Anwohner und meine direkten Verwandten passieren. Mein Grundstück dürfen ausser meinen Verwandten nur eine Nachbarin und dier evangelische Pfarrer des Orts betreten. Wenn die Euch (hoffentlich) erteilten Genehmigungen em ermöglichen sollten, diese Absperrung zu überwinden, werde ich mich sehr freuen. Auf jeden Fall bin ich der Meinung, daß man den Versuch machen soll, schon um im Fall des Mißerfolgs das Argument aus dem Weg zu räumen, man habe es ja garnicht versucht.

Ich sende Dir diesen Brief in zwei Ausfertigungen, die eine davon auf dem regulären Post-Weg per Eischreiben mit Rück schein.

Liebe Genossen, ich bin Euch sehr dankbar für Eure Anteilnahme an meinem Schicksal und die Beweise Eurer Solidarität. Ich hoffe, daß ich Euch bald bei mir in Grünheide begrüßen kann.

Mit den freundlichsten Grüßen

Rober Harmanno

Prof.Dr.Robert Havemann

1252 Grünheide/Mark Burgwallstraße 4

14. 03. 78

Lieber Genosse Karl-Heinz Funck,

gestern erschien bei mir ein Leutnanat der Volkspolizei, der mir im Auftrage des Amtes für Paß- und Meldewesen in Fürstenwalde/Spree mitteilte, daß meine fünf Anträge für Erteilung der Besuchserlaubnis für Euch "abschlägig beschieden" worden seien. UnterBerufung auf die Euch in Berlin vom Ministerium des Inneren gegebene Zusicherung habe ich wegen dieser Ablehung sofort eine Eingabe an dieses Ministerium gerichtet, in der ich um Überprüfung und nachträgliche Gegehmigung meiner Anträge bitte, wobei ich wegen der verstrichenen Zeit den Termin für Euren Besuch um vier Wochen verschoben habe (sonst kommt womöglich die Genehmigung für einen Zeitrau, der bereitsverstrichen ist.)

Sowie eine Nachricht auf meine Eingabe vorliegt, werde ich Euch benach-richtigen.

Den Rückschein meines Einschreibens an Euch habe ich erhalten.

Mit freundlichen Grüßen

Roow Havemann

LANDESKONFERENZ DER HESSISCHEN ALLGEMEINEN STUDENTENAUSSCHÜSSE (Hessische Landes-Asten-Konferenz)

26. April 1978

#### Presseerklärung

DDR-VERTRETUNG IN BONN VERURTEILT DAS EINTRETEN DER HESSISCHEN STUDENTENSCHAFTEN FÜR DIE FREIHEIT SYSTEMKRITISCHER WISSENSCHAFTLER ALS EINMISCHUNG IN INNERE ANGELEGENHEITEN DER SOUVERÄNEN DDR!

Am Dienstag, 25.4.1978, brachte eine Delegation der Landeskonferenz der Hessischen Allgemeinen Studentenausschüsse, Vertretung von über 80 000 hessischen Studenten, in der Ständigen Vertretung der DDR in Bonn ihren Protest dagegen vor, daß die Behörden der DDR einer fünfköpfigen Delegation von Studentenvertretern immer noch keine Genehmigung zum Besuch von Professor Havemann und von Rudolf Bahro erteilt haben. Der Protest der hessischen Studentenvertreter erstreckte sich auch darauf, daß seit Anfang April der Kontakt mit Professor Havemann über den Postweg unterbrochen worden sei. Dies teilte heute der Sprecher der hessischen Landes-Asten-Konferenz, der Jungsozialist Karl-Heinz Funck, der Presse in Bonn mit.

Dem Protest in der DDR-Vertretung in Bonn war im Januar eine Erklärung der hessischen Studentenschaften gegen die Repressalien, denen system-kritische Wissenschaftler wie Professor Havemann und R. Bahro ausgesetzt sind, vorangegangen. Darin fordern die hessischen Studentenschaften, den Hausarrest gegen Prof. Havemann aufzuheben sowie Rudolph Bahro aus der Haft zu entlassen (Anlage: Erklärung der Hessischen Landes-Asten-Konferenz). Kurz darauf beantragte die Landes-Asten-Konferenz beim Staatsanwalt der DDR eine Erlaubnis zum Besuch des inhaftierten R. Bahro. Prof. Havemann seinerseits stellte beim Gemeinderat in Grünheide (bei Ost-Berlin) Einreiseanträge für eine fünfköpfige Delegation hessischer Studentenvertreter. Gegen die im März erfolgte Ablehnung

seiner Anträge hat Havemann inzwischen eine Eingabe an das Innenministerium in Ostberlin gerichtet. Die Entscheidung der DDR- Behörde
darüber steht noch aus, ebenso wie eine Antwort auf die Anträge zum
Besuch von R. Bahro. Seit Anfang April, so der Landes- Asten- Sprecher
Funck, sei aber auch der Kontakt mit Prof. Havemann über den normalen
Postweg unterbrochen. Mehrere eingeschriebene Briefe der Studentenschaften mit Rückantwortkarten an Havemann seien nicht an ihn ausgeliefert worden.

Die Delegation der hessischen Studentenschaften wurde gestern von zwei Angehärigen der Ständigen Vertretung der DDR empfangen.

Das nur viertelstündige Gespräch fand in einer frostigen Atmosphäre in der Eingangshalle der DDR- Vertretung statt. Die Delegation der hessischen Studentenschaften konnte ihren Protest zwar vorbringen; die Ständige Vertretung weigerte sich jedoch ausdrücklich, diesen an die zuständigen Behörden der DDR weiterzuleiten. In Sachen Havemann und Bahro ließe man sich, so die DDR- Vertreter, auf keinerlei Dission ein. Das Anliegen der Delegation, Havemann und Bahro zu besuchen bedeute eine "Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines souveränen Staates".

Der Protest der Studentenvertreter gegen die ganz offensichtliche Unterbrechung des Briefkontaktes mit Prof. Havemann wurde von der DDR- Vertretung mit dem Hinweis auf die "fehlende Zuständigkeit der Ständigen Vertretung für technische Angelegenheiten" zurückgewiesen. Eine Antwort auf die Frage der Studentenvertreter, wer denn für die Entgegennahme von Beschwerden über den unterbrochenen Postverkehr zuständig sei, wurde verweigert.

"Unsere sorge, daß Prof. Havemann und R. Bahro totaler Isolierung unterworfen sind, ist berechtigt", faßte Landes- Asten- Sprecher Funck zusammen, "das beweist nicht zuletzt das Verhalten der Ständigen Vertretung der DDR". Die hessischen Studentonschaften ließen sich jedoch nicht entmutigen, unbeirrt für die Freiheit kritischer Wissenschaftler einzutreten, wo immer diese gefährdet seien.

Angesichts des Verhaltens offizieller DDR- Stellen müßten ietzt das Bundeskanzleramt und das Ministerium für Innerdeutsche Beziehungen aktiv werden, forderte Funck. Das Eintreten für eine Einreise-erlaubnis zum Besuch von R. Havemann und R. Bahro sei keine "Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen souveränen Staates". Wer dies so bezeichne, der ordne die Verwirklichung elementarer Menschenrechte dem tagespolitischen Kalkül unter. Schließlich dürfe der zwischen der DDR und der Bundesrepublik abgeschlossene Grundlagenvertrag nicht allein als Erleichterung des Handels zwischen zwei Staaten begriffen werden.

( Karl- Heinz Funck)

Sprecher der Landes / Asten- Konferenz Hessen

#### STUDENTENSCHAFT DER JUSTUS LIEBIG-UNIVERSITÄT GIESSEN

KÖRPERSCHAFT DES ÖFFENTLICHEN RECHTS

ALLGEMEINER STUDENTENAUSSCHUSS

im Auftrag der Landes-ASten-Konferenz der hessischen Allgemeinen Studentenausschüsse

Studentenschaft der Justus Liebig-Universität Gießen 6300 Lahn-Gießen 1 · Leihgesterner Weg 16

An den Herrn Minister für innerdeutsche Beziehungen Egon Franke

Postfach! 5300 Bonn

6300 Lahn-Gießen 1 12. 1.1978

Leihgesterner Weg 16
Telefon (0641) 72143 / 71558
Postscheckkonto:
PschA Ffm 239802 (BLZ 500 100 60)
Bankkonto:
Bezirkssparkasse Gießen 22/002596
(BLZ 513 500 25)

nachrichtlich: Staatssekretär im Bundeskanzleramt, Herrn Schüler

Sehr geehrter Herr Minister!

Die Landeskonferenz der hessischen Allgemeinen Studentenausschüsse hat beschlossen, eine Delegation zu Rudolf Bahro und Robert Havemann in die DDR zu schicken. Die Beweggründe zu diesem Schritt gehen aus der in Anlage beigefügten Erklärung der Landes-ASten-Konferenz vom 4. 1.1978 hervor.

Wir werden in der nächsten Woche Robert Havemann in einem Brief darum bitten, einen Antrag auf Besuchserlaubnis für Studentenvertreter an seinen Wohnort in Grünheide zu stellen. Nach den Erfahrungen der Gießener Studentenschaft und der Studentenschaft der Technischen Hochschule Darmstadt, die mehrmals Robert Havemann geschrieben haben (Briefe mit Rückantwortkarten)
sind diese offensichtlich nicht angekommen, - die Rückantwortkarten wurden nicht zurückgeschickt.

In einem Gespräch einer Delegation der Studentenschaften der JLU Gießen und der TH Darmstadt am 24. 11.1977 mit einem Vertreter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin wurde angedeutet, daß die Vertretung Möglichkeiten habe, Briefe an Robert Havemann weiterzuleiten, wenn sie dazu vom Kanzleramt oder vom Ministerium für innerdeutsche Beziehungen angewiesen würden. Wir bitten Sie darum, diese Möglichkeit zu prüfen und uns mitzuteilen, ob Sie zu einem solchen Schritt bereit sind, damit unser Brief Robert Havemann erreicht. Auch Ihnen ist sicherlich bekannt, daß sich Robert Havemann auch aufgrund der gegen ihn praktizierten Schikanen in einem ernsten gesundheitlichen Zustand sich befindet. Schon aus humanitären Gründen erscheint es angebracht, trotz der sich vertrübenden Beziehungen der jüngsten Zeit zwischen der Bundes-

republik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik Hilfestellungen in dieser Frage zu gewähren.

Wir hoffen auf eine positive Entscheidung und eine baldige Antwort.

In vorzüglicher Hochachtung

(Karl-Heinz Funck) Sprecher der Landes-ASten-Konferenz

#### BUNDESKANZLERAMT

221 - K 40570/78

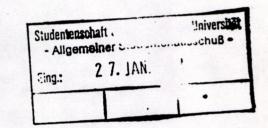
An die Studentenschaft der Justus-Liebig-Universität Giessen z.Hd. Herrn Karl-Heinz Funck Leihgesterner Weg 16

6300 Lahn-Gießen 1

Sehr geehrter Herr Funck,

5300 BONN 12, DEN 25. Januar 1978

POSTFACH /gr.
FERNRUF 56 ...
ODER 561 (VERMITTLUNG)



im Auftrag des Chefs des Bundeskanzleramtes danke ich Ihnen für Ihr Schreiben vom 12.1.1978, in dem Sie zu prüfen bitten, ob es möglich ist, über die Ständige Vertretung der Bundes-republik Deutschland Herrn Professor Robert Havemann einen Brief von Ihnen zuzustellen.

Leider ist es nicht möglich, Ihrem Wunsch zu entsprechen.

Die Übermittlung von Briefen aus der Bundesrepublik Deutschland an Privatpersonen in der DDR oder in Ost-Berlin gehört grundsätzlich nicht zu den Aufgaben der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland. Außerdem - und dies brauche ich Ihnen nicht zu erläutern - wäre nicht auszuschließen, daß die Ständige Vertretung sich der Gefahr einer Beeinträchtigung ihrer Arbeitsmöglichkeiten aussetzte, wenn sie hier über ihren Aufgabenkreis hinausgehend vermittelnd tätig würde.

Ich verkenne nicht, daß Sie Grund für Ihre Befürchtung haben mögen, daß ein direkt an Professor Havemann geschickter Brief diesen nicht erreicht. Dies liegt jedoch außerhalb der Einflußmöglichkeiten der Bundesregierung; mir bleibt deshalb nur übrig
zu empfehlen, den direkten Postweg zu versuchen, wenn Sie Professor
Havemann eine Nachricht zukommen lassen wollen.

Mit freundlichen Grüßen

(Germelmann)

#### STUDENTENSCHAFT DER JUSTUS LIEBIG-UNIVERSITÄT GIESSEN

KÖRPERSCHAFT DES ÖFFENTLICHEN RECHTS ALLGEMEINER STUDENTENAUSSCHUSS

im Auftrag der Landeskonferenz der hessischen Allgemeinen Studentenausschüsse

8.2.78

Betr.: Gespräch mit Robert Havemann

Bezug: 1. Schreiben des Bundesministeriums vom 23.1.1978,
Az.: II:1 - 3399

2. Schreiben des Bundeskanzleramtes vom 25.1.1978, Az.: 221 - K 40570/78

Sehr geehrter Herr Dr. Ackermann! Sehr geehrter Herr Germelmann!

Mit Betroffenheit haben wir Ihre Hilflosigkeit bei der Weiterleitung eines Briefes zur Kontaktaufnahme mit Robert Havemann zur Kenntnis genommen. Wir geben uns mit der von Ihnen geschilderten Lage nicht zufrieden.

Bei Ihnen scheint die irrige Vorstellung zu bestehen, wir wollten die Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland als Postboten benutzen. Vielmehr waren wir mit unseren Schreiben vom 12.1.1978 der Anregung von Herrn Leinius, eines Angehörigen der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in der Deutschen Demokratischen Republik, gefolgt. Im Gespräch am 24.11.1977 mit einer Delegation der Studentenschaften der Technischen Hochschule Darmstadt und der Justus-Liebig-Universität Gießen hatte Herr Leinius auf die Möglichkeit hingewiesen, daß auf Weisung des Bundeskanzleramtes oder des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen die Ständige Vertretung bei den zuständigen Behörden der Deutschen Demokratischen Republik vorstellig werden könnte, mit der eindringlichen Bitte, das Schreiben der hessischen Studentenschaften an Robert Havemann zuzustellen.

Die Landeskonferenz der hessisden Allgemeinen Studentenausschüsse hat sich am 3.2.1978 mit der Lage nach Eingang Ihrer Antwort beschäftigt.

Wir bitten Sie mit aller Eindringlichkeit, Ihre Haltung zu überprüfen und der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in der Deutschen Demokratischen Republik die Weisung zu erteilen, auf diplomatischem Weg für die Zustellung des Briefes an Robert Havemann tätig zu werden.

Wenn die von der Bundesregierung betriebene Politik der Entspannung in konkreten Schritten - in bewußter Abkehr von der CDU-Strategie totaler Konfrontation - gerade auf menschliche Erleichterungen abzielt, dann scheint die von uns gewünschte Aktivität geboten.

In vorzüglicher Hochachtung

(Karl-Heinz Funck)
Sprecher der Landeskonferenz der hessischen Allgemeinen
Studentenausschüsse

Post scriptum:

Bei dieser Gelegenheit übermitteln wir Ihnen nachrichtlich das Schreiben der hessischen Landes-ASten-Konferenz an den Generalstaatsanwalt der Deutschen Demokratischen Republik mit dem Antrag auf eine Besuchserlaubnis bei Rudolf Bahro.

Beigefügt ist außerdem ein Schreiben der Landes-ASten-Konferenz an das Innenministerium der Deutschen Demokratischen Republik.

# Asta Service:

Rechtsberatung

Bus - Verleih

Kopieren von Kleinauflagen

Orucken

Internationale Studenten-Ausweise

Kopien

Mitfahrgelegenheit V<sub>FU</sub>

#### · SCHLOSSRELLER ~

das heißt nicht : Gespenster, Derliese, Folter Prechte,... oder so

#### nein!

sondern, wie sagte Cäsar schon? IIII SCINLOSS
Brot, Wein und Spiele (für's Dolf und sonst noch wen)
oder besser gesagt: Studenten freipe, - pinte, -lofal, -treff
mit: Deranstaltungen

jeden dienstag:

Folf Club (Folfmusif natürlich)

wochenends:

Musifgruppen, Theater

3wischenprogramme können auf dem dortigen klavier eingelegt werden (Mindestvoraussetzung: unterscheiden zwischen Tastatur

und Rückwand) .

studenten

keller

Spiele aller Arten werden entliehen
ein Nebenraum für Konferenzen,Geschwafel oder ähnliches
bis ca. 20 Dersonen ist gegen Doranmeldung zu vergeben
übrigens: Essen-und Getränfepreise sind Fostendecfend
Falfuliert

Na! is das nir?

→ STUDENTENRECCER JM SCHCOSS →

(3u finden im Schloßhof)

# maj-programm

13. Mai "Gustav Rabe" jazz-rock 20.00 Uhr

20. Mai "Sun" jazz-rock 20.00 Uhr

27. Mai "Jamie Feak" beatles, dylan u. eigene Lieder

Öffnungszeit: Di bis Sa 19.30 - 0.30 UHR